

Zwar galten für die übergroße Mehrzahl der hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS, die als Soldaten, Unteroffiziere, Offiziere und Generale Dienst taten, wie für andere Angehörige der „bewaffneten Organe“ besondere dienstrechtliche Bestimmungen. Durch den von ihnen zu leistenden Fahneneid waren sie verpflichtet, „den Vorgesetzten unbedingten Gehorsam zu leisten, die Befehle mit aller Entschlossenheit zu erfüllen“. Eine zusätzliche politische Bindung gingen sie mit einer schriftlichen Verpflichtungserklärung bei Eintritt in das MfS ein. Aber nach § 258 StGB der DDR war ein Befehl, dessen Ausführung gegen die anerkannten Normen des Völkerrechts oder gegen Strafgesetze verstieß, unverbindlich. Diese Bestimmung wurde in einer Vielzahl von Fällen mißachtet. Inwieweit Angehörige des MfS durch Drohung zur Ausführung rechtswidriger Befehle gezwungen wurden, bedarf der Nachprüfung im Einzelfall.

Von den Inoffiziellen Mitarbeitern tragen zweifellos jene die größte individuelle Verantwortung, die mit ihrer Zuträgerarbeit oder durch aktive Ausführung von „Zersetzungsplänen“ an Unrechtsmaßnahmen gegen Einzelne mitgewirkt haben.

4. *Rolle und Funktion von Blockparteien und Massenorganisationen*

4.1. *Ansätze zu einer Neubewertung*

Eine grundlegende Neubewertung von Rolle und Funktion der Blockparteien (hierunter werden im folgenden die CDUD, LDPD, NDPD und DBD verstanden, nicht die ebenfalls zum „Demokratischen Block“ gehörende SED) und Massenorganisationen ist auch aufgrund neuerer Forschungsergebnisse nicht erforderlich: Sie waren unselbständige, von der SED abhängige Organisationen. Dieses Gesamtbild wird sich in Teilaspekten sehr wohl verändern: So entwickelten die sogenannten Blockparteien offensichtlich mehr politischen „Eigensinn“ (Siegfried Suckut), vor allem auf den unteren Ebenen, und unterschieden sich zudem in ihrem Verhalten stärker voneinander, als bisher verschiedentlich angenommen wurde. Eine differenzierte Beurteilung erfordert dabei eine Abgrenzung der CDUD und LDP von den erst 1948 durch SMAD/SED gegründeten NDPD und DBD. Während in den beiden 1945 gegründeten Parteien CDUD und LDP durchgängig Traditionslinien bürgerlicher Politik und ein trotz der sozialökonomischen Umwälzungsprozesse in der Mitgliedschaft zu beobachtendes Festhalten an eigenen Wertvorstellungen zu konstatieren sind, waren NDPD und DBD von vornherein vom Führungsanspruch der SED abhängig; sie dienten der SED als Instrumente gegen die nichtsozialistischen Altparteien und zur Spaltung bürgerlicher, liberal bzw. christlich orientierter Bevölkerungskreise. [→ Expertisen Richter II, Frölich, Papke, Nehrig].

Die gesellschaftspolitische Funktion der Massenorganisationen ist bekannt und bedarf keiner Neubewertung. Festzuhalten ist, daß es ihnen zu keinem Zeitpunkt gelungen ist, das Leben der Bevölkerungsmehrheit in der DDR tiefgreifend zu prägen. Sie übten insofern nur in geringem Umfang zwischen Regime und Bevölkerung eine „moderierende Scharnierfunktion“ [→ Expertise Hübner] aus, wirkten aber immerhin systemstabilisierend. Weitergehende Fragestellungen, vor allem nach sozialgeschichtlichen Auswirkungen ihrer Tätigkeit, konnten bisher noch nicht näher untersucht werden [→ Expertisen Eckert I, Hübner].

Die wichtigsten Massenorganisationen – der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB), die Freie Deutsche Jugend (FDJ), der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) und der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands (KB) – wurden zwischen 1945 und 1947 als dem Anspruch nach überparteiliche Organisationen gegründet. Die Kommunisten verschafften sich allerdings schon in der Gründungsphase beherrschenden Einfluß auf den hauptamtlichen Apparat, durch den sie diese Massenorganisationen im kommunistischen Sinn dominierten. Die FDJ wurde gezielt als „Kaderschmiede“ der SED funktionalisiert. Eine Werbung für andere Parteien war in den FDJ-Gruppen untersagt. Gleichzeitig sind Versuche zur Gründung von Suborganisationen (z. B. Jugendausschüsse) in den Blockparteien unterbunden. Die Massenorganisationen wurden zur Einflußminderung von CDUD und LDPD auf Betreiben der SED in den „Block“ aufgenommen und damit auch offiziell zu Bestandteilen des politischen Systems. Der Einflußminderung von CDUD und LDP diente auch die durch Blockbeschluß (statt durch Wahlen) erfolgte Aufnahme von NDPD und DBD in die Landes- und Kommunalparlamente. Im „Demokratischen Block der Parteien und Massenorganisationen“, wie die „Einheitsfront“ seit 1949 genannt wurde, sicherte sich die SED so eine unangreifbare Vormachtstellung.

Um diese Vormachtstellung auch ohne demokratische Legitimation dauerhaft aufrechterhalten zu können, schuf die SED am 7. Oktober 1949 – dem Gründungstag der DDR – die „Nationale Front des Demokratischen Deutschland“. Als eine Art Dachorganisation von zuletzt insgesamt fünf Parteien und 27 Massenorganisationen bestand ihre Hauptaufgabe u. a. darin, von der SED diktierte Einheitslisten für die Scheinwahlen zu den Volksvertretungen aufzustellen, die den Parteien und Massenorganisationen des „Demokratischen Blocks“ eine stets gleichbleibende, nur auf Geheiß der SED gelegentlich geänderte Zahl von Mandaten sicherte. Darüber hinaus diente sie der SED als Bühne bzw. Instrument für ihre politische Einheitspropaganda.

Die Blockparteien und Massenorganisationen konnten im „Demokratischen Block“ keinen eigenständigen Einfluß geltend machen, wurden aber von der SED zur sachlichen Zuarbeit herangezogen und mußten politische Entscheidungen der SED nach außen hin mitverantworten.

4.2. Die gesellschaftliche Funktion: „Transmission der SED-Politik“

Nach der Gleichschaltung von CDU und LDPD sowie dem von der SED offiziell erklärten Übergang zum „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus“ im Jahre 1952 übernahmen die Blockparteien und Massenorganisationen, auch in Form von neuen Parteiprogrammen bzw. Satzungen, die ihnen von der SED zugewiesene „Transmissionsfunktion“: Sie sollten die Politik der SED in bestimmte soziale Zielgruppen hineinragen, um diese damit in die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung zu integrieren. Zudem verfolgte die SED das Ziel, potentielle oppositionelle Strömungen mittels dieser Parteien zu kontrollieren und zu kanalisieren.

Während sich die Massenorganisationen an alle sozialen Gruppen und Schichten der Gesellschaft wandten und sie entsprechend ihren sozialen, kulturellen, wissenschaftlichen, sportlichen und anderen Interessen organisieren sowie für die Politik der SED mobilisieren sollten, bestand die Aufgabe der Blockparteien speziell darin, auf traditionell eher „bürgerlich“ geprägte, der SED fernstehende Bevölkerungskreise, wie z. B. private Handwerker, Kleingewerbetreibende und Freiberufler (LDPD), Christen (CDU), Bauern (DBD) ideologisch-erzieherisch im Sinne der SED einzuwirken oder als Sammelbecken für ehemalige Wehrmachtsangehörige und Nationalsozialisten (NDPD) zu dienen. Die SED achtete aber darauf, daß durch eine geschickte Klientelvermischung keine Blockpartei zu stark auf bestimmte Bevölkerungsschichten reflektieren konnte.

Nach dem Willen der SED war es die Aufgabe der Blockparteien, in bürgerlichen Bevölkerungsgruppen das Bewußtsein für die propagierte historisch-gesetzmaßige Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei zu stärken. Erreicht werden sollte zudem eine Mobilisierung der gesellschaftlichen Kräfte und des ökonomischen Potentials in diesen Parteien für den „Aufbau des Sozialismus“.

Ihren Aufgaben sind die Blockparteien offensichtlich nur ungenügend gerecht geworden [→ Suckut, Protokoll Nr. 22]. Bis zu einem gewissen Grad ist die gesellschaftliche Mobilisierung zwar gelungen; der Rückschluß, daß dadurch aber eine nachhaltige Systemstabilisierung erreicht worden sei, ist aufgrund neuerer Forschungsergebnisse so nicht zulässig [→ Expertisen Richter II, Papke]. Die Blockparteien haben die ihnen von der SED zugedachte Funktion als „Transmissionsriemen“ nur bedingt erfüllt. Obwohl – beispielsweise – der dem Marxismus-Leninismus immanente Atheismus lediglich von der CDU abgelehnt oder in Frage gestellt werden durfte, konnte diese Partei in der christlichen Bevölkerung nicht wirklich Fuß fassen oder gar maßgeblichen Einfluß auf die Kirchen und ihre Amtsträger gewinnen.

Im übrigen organisierten sich in den Blockparteien viele Angestellte und Intellektuelle, die von der SED ihrerseits zumindest als potentielle Mitglieder

hätten angesehen werden können. Wie erste Untersuchungen zeigen, war die tatsächliche Wirkung der politisch ideologischen Erziehung bei der Mehrzahl der Mitglieder in den Blockparteien eher gering [→ Expertisen Richter II, Papke].

Den Massenorganisationen gelang, begünstigt durch Organisationsmöglichkeiten in den Betrieben, zumindest eine flächendeckende Erfassung der DDR-Bevölkerung. Viele Menschen gehörten sogar zwei oder drei dieser gesellschaftlichen Organisationen an. Besonders hoch war der Organisationsgrad des FDGB, der fast sämtliche Berufstätigen der DDR erfaßte, weil er Träger der DDR-Sozialversicherung war. Da die Massenorganisationen jedoch unter dem ideologischen Postulat der gesamtgesellschaftlichen Interessenidentität die tatsächlich vorhandenen, auch konfliktträchtigen Interessen ihrer Mitglieder nicht wirksam vertreten konnten, gelang es ihnen nicht, eine dauerhafte und tiefgehende Mobilisierung ihrer Mitglieder für die von der SED vorgegebenen Ziele zu erreichen.

4.3. *Das Verhältnis zur SED: Abhängigkeit und Kontrolle*

Sowohl Blockparteien als auch Massenorganisationen standen in einem grundsätzlichen Abhängigkeitsverhältnis zur SED. Während die letzteren von der SED selbst direkt gelenkt wurden, forderte die „führende Partei“ von den Blockparteien ausdrücklich „eigenständige, unverwechselbare Beiträge“ zur Gestaltung des politischen und gesellschaftlichen Lebens in der DDR. Auf Blockparteien wie Massenorganisationen übte die SED jedoch über ihren Parteiapparat – speziell über die ZK-Abteilung „Befreundete Parteien und Massenorganisationen“ sowie über das Ministerium für Staatssicherheit – ständige Kontrolle aus. Mit Hilfe eines Nomenklatursystems, dessen genaue Funktionsweise noch zu untersuchen bleibt, besetzte sie alle wichtigen Führungspositionen in den Massenorganisationen mit ihren Funktionären. Darüber hinaus ist anzunehmen, daß die SED durch gezielte Einschleusung von eigenen Funktionären sowie Abstimmung ihres Vorgehens mit dem MfS massiv Einfluß auf die Personalpolitik der Blockparteien nahm [→ Expertisen Papke, Richter II].

Die Selbständigkeit der Blockparteien wurde außerdem durch zahlreiche organisatorische Regelungen eingeschränkt: Sie durften z. B. seit 1953 nur noch in territorialen Organisationen arbeiten, nicht jedoch wie die SED und die Massenorganisationen auch in Betrieben und Verwaltungen präsent sein. Auch Kooperationsabsprachen zwischen den einzelnen Blockparteien konnten auf allen Ebenen nur über die SED bzw. den „Demokratischen Block“ oder die „Nationale Front“ erfolgen. Durch ein ausgedehntes Informations- und Berichtswesen, das Massenorganisationen und Blockparteien von unten nach oben durchlief und auf den verschiedenen Ebenen mit dem Parteiapparat

der SED sowie mit dem MfS eng verknüpft war, hatte sich die „führende Partei“ ein zusätzliches Kontrollinstrument geschaffen. Die Stimmungslage der Bevölkerung sollte so ständig beobachtet, eventuelle politische Konflikte sollten frühzeitig erkannt und durch gezielte Kampagnen von oben nach unten bekämpft werden.

4.4. *Das Verhältnis zwischen Mitgliedern und Funktionären*

In Blockparteien und Massenorganisationen gab es zwischen einfachen Mitgliedern und den Funktionären als Repräsentanten des jeweiligen „Apparates“ qualitative politische Unterschiede. Die Unterscheidung zwischen dem hauptamtlichen Apparat in den Blockparteien und der Mitgliedschaft ist von fundamentaler Bedeutung, wenn man den Lebensverhältnissen in der ehemaligen DDR gerecht werden will.

Bedingt durch die Abhängigkeit und Nähe der Blockparteileitungen zur SED bestand zwischen ihr und der jeweiligen „Parteibasis“ in den Ortsgruppen oft eine von Mißtrauen geprägte politische Kluft. Während sich die Blockparteileitungen immer wieder rituell öffentlich zu den Verhältnissen in der DDR bekannten und jede Wendung der SED-Linie willig nachvollzogen, standen viele Mitglieder von Blockparteien der „führenden Rolle“ der SED passiv hinnehmend oder innerlich ablehnend gegenüber. Eine genaue Trennlinie zwischen der „Parteibasis“ und dem linientreuen „Parteiapparat“ zu ziehen, ist dabei sehr schwer, denn auch hauptamtliche Kreissekretäre setzten sich teilweise gegen zentrale Anweisungen für die Belange von Mitgliedern und Ortsgruppen ein. Eine Folge dieser politischen Kluft war, daß zentrale Vorgaben vom Parteiapparat und seinen Funktionären zwar nach unten weitergeleitet, in den einzelnen Ortsgruppen aber nur formal oder oft gar nicht umgesetzt wurden.

Auch in den Massenorganisationen verlief zwischen Mitgliedern sowie den durch intensive Lehrgangs- und Schulungstätigkeit herausgebildeten Funktionärshierarchien eine deutliche Trennlinie. Während die vor Ort, z. B. im Betrieb oder im Wohngebiet, tätigen ehrenamtlichen Funktionäre von den Mitgliedern in der Regel als eigene Interessenvertreter und Vertrauensleute anerkannt wurden, galten ihnen bereits die auf Kreisorganisationsebene tätigen Funktionäre als Angehörige des nicht genau zu durchschauenden und von der SED gelenkten „Apparates“.

Da der Loyalitätsdruck gegenüber der SED von unten nach oben stetig zunahm und die Führungen der Blockparteien somit als reine Steuerungsinstrumente der SED betrachtet werden können, ist es Aufgabe der Forschung, die individuelle politische Verantwortung differenziert zu untersuchen.

4.5. *Motive für die Mitgliedschaft*

Die Massenorganisationen waren integraler Bestandteil des alltäglichen Lebens in der DDR. Sich für eine Mitgliedschaft zu entscheiden, war deshalb nahezu eine Selbstverständlichkeit und meist keine bewußte politische Entscheidung. Ausschlaggebend war in vielen Fällen die „Monopolfunktion“ der jeweiligen Organisationen für bestimmte Betätigungen oder soziale Leistungen: So wurde man als Berufstätiger Mitglied im FDGB, dem alleinigen Träger des Sozialversicherungssystems (Urlaubsbetreuung; Zuschuß bei längerer Krankheit und bei Geburt des Kindes; Bewilligung von Kuren; Stellungnahme bei Antrag auf Invalidität; Sterbegeld, Notwendigkeit einer Empfehlung beim Bau eines Eigenheimes oder Bungalows). Auch der Nachweis eines gewissen gesellschaftlichen Engagements, der von der SED als Loyalitätsbeweis immer wieder gefordert wurde, konnte durch eine – oft nur formale – Mitgliedschaft, z. B. in der „Gesellschaft für deutsch-sowjetischen Freundschaft“ (DSF), relativ leicht erbracht werden. Die hohen Beitragsrückstände einzelner Mitglieder und „Eintrittswellen“ infolge gezielter Werbekampagnen lassen vermuten, daß es insgesamt sehr viel mehr politisch unmotivierte oder rein formale als politisch engagierte Eintritte gab.

Dagegen war der Eintritt in eine Blockpartei in der Regel ein überlegter bzw. zweckorientierter Schritt, mit dem der einzelne eine bewußte politische Entscheidung traf und sich von anderen deutlich absetzte. Nicht zuletzt deshalb können auch die persönlichen Motive und Beweggründe für den Eintritt in eine bestimmte Blockpartei als Grundlage für Aussagen zum politischen Selbstverständnis dieser Parteien und ihrer Haltung zum SED-Regime herangezogen werden. Durch die Mitgliedschaft in einer Blockpartei konnte man auf lokaler Ebene gewisse eigene – wenn auch oft nur geringfügige – Akzente setzen und die Schutzfunktion der Blockparteien als „politische Nischen“ nutzen [→ Expertisen Richter II, Papke]. Der überwiegende Teil der Mitglieder von CDU und LDPD entwickelte in vieler Hinsicht routinierte Ausweichmechanismen gegenüber den permanenten ideologischen Indoktrinationsversuchen. Insofern darf der formelle Nachweis von Staatsloyalität durch den Beitritt zu einer Blockpartei nicht undifferenziert mit einem Nachweis wirklicher Loyalität zum System des „real existierenden Sozialismus“ gleichgesetzt werden.

Vielmehr kann man zu Recht von Systemdistanz bei vielen Mitgliedern in den Blockparteien sprechen. Wichtige Gründe für den Parteibeitritt waren z. B. bei Handwerkern und Gewerbetreibenden der Austausch mit Gleichgesinnten sowie praktische Lebens- und Berufshilfe vor Ort; mancherorts setzte die Erteilung einer Gewerbeerlaubnis die Mitgliedschaft in einer Blockpartei (vor allem der LDPD) voraus. Die Blockparteien fungierten somit als eine Art Meinungsforum und berufliche Interessenvertretung bei konkreten Einzelproblemen. Ausschlaggebend war für viele Mitglieder, daß sie durch

ihren Eintritt das von der SED für bestimmte berufliche Ziele geforderte politische Engagement nachweisen konnten, ohne der SED selbst beitreten zu müssen. Der Aufstieg in politische Spitzenämter und hohe Leitungspositionen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft war ihnen damit allerdings meist verwehrt. Zudem sind Mitglieder von Blockparteien in der Regel von einer Beschäftigung in sicherheitsempfindlichen Bereichen (z. B. Offiziersränge in der NVA; Tätigkeit bei der SDAG Wismut) ausgeschlossen gewesen. Auch eine Mitgliedschaft in den Betriebskampfgruppen war bis in die späten achtziger Jahren nicht möglich.

4.6. *Die Frage der politischen Verantwortung*

Nach ihrer Gleichschaltung dienten Blockparteien und Massenorganisationen der SED zur Absicherung ihres Herrschaftssystems. Als „Transmissionsriemen“ instrumentalisiert, sollten sie die Politik der SED über ein weitverzweigtes Organisationsgeflecht in sämtliche Bereiche der Gesellschaft hineinragen und umsetzen. Auch wenn ihnen dies im Sinne einer ideologischen Erziehung der Bevölkerung zur Konformität mit der SED-Politik offensichtlich nicht gelang [→ Suckut, Protokoll Nr. 22], fungierten sie als Hilfsinstrumente, mit denen die SED das politische System der DDR beherrschen und sich Informationen über die tatsächliche politische Stimmungslage der Bevölkerung verschaffen konnte.

Bei der Bewertung der Blockparteien müssen ihre völlig unterschiedlichen Funktionen für die SED, für die Funktionäre der Blockparteien und für die Mitglieder Berücksichtigung finden. Mit der Übernahme von Funktionen in Teil- und Randbereichen der Gesellschaft trugen sie zweifellos zu einer gewissen Stabilisierung des politischen Systems der DDR bei. Indessen kann aufgrund aufgezeigter Faktoren nur bedingt von Verantwortung und Teilhabe am Regime gesprochen werden.

Bemerkenswert bleibt, daß ein gesamtdeutscher Bezug in der Mitgliedschaft der beiden vormals bürgerlichen Parteien CDU und LDPD nie ganz erloschen ist. In der Politik der beiden Blockparteien hatte er allerdings eine geringe und zudem unterschiedliche Bedeutung. Die CDU in der Bundesrepublik Deutschland lehnte Kontakte zur Block-CDU ab, um eine Aufwertung der SED-abhängigen Parteiführung zu vermeiden; sie sah in der Exil-CDU die legitime Vertreterin der christlichen Demokraten der DDR. Demgegenüber gab es in der FDP seit 1956 kontinuierliches Interesse an Gesprächen mit Vertretern der LDPD – zum einen, um den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen, zum anderen in der Hoffnung, auf diesem Wege politische Anregungen in die SED hineinragen zu können. Dieses Interesse konnte die LDPD aber über einige kurzfristige Aufmerksamkeitserfolge hinaus systembedingt nur begrenzt nutzen. In der friedlichen Revolution von 1989/90 trat die in den vorherigen

Jahrzehnten latente gesamtdeutsche Identität in beiden Parteien wieder offen hervor und bestimmte deren neue politische Wirksamkeit [→ Bericht VI. Themenfeld].

4.7. *Gesamtdeutsche Parteistrukturen*

Im Zuge der „friedlichen Revolution“ von 1989/90 wandelten sich die Blockparteien in einem ebenso schwierigen wie konfliktreichen Prozeß nach jahrzehntelanger Abhängigkeit von der SED zu eigenständigen Organisationen. CDU und LDP wurden von den Bonner Regierungsparteien als Schwesterparteien anerkannt und unterstützt. Erste sichtbare Zeichen des Wandels bildeten – regionale und in ihrer Art unterschiedliche – Auseinandersetzungen zwischen Parteibasis und Parteiführung. Diese Kontroversen führten zur Ablösung der bisherigen Parteiführungen, zur Wahl neuer Vorsitzender in demokratisch einwandfreien Verfahren, zur Aufkündigung der Blockpolitik, zur Streichung der Anerkennung des SED-Führungsanspruchs aus der Satzung und zu der Festlegung, nicht wieder mit der SED/PDS zusammenzuarbeiten.

Bereits im Frühjahr 1990 fanden sich neugegründete Parteien und die veränderten ehemaligen Blockparteien CDU und LDP zu Wahlbündnissen zusammen. Der Demokratische Aufbruch (DA), die Deutsche Soziale Union (DSU) und die Ost-CDU bildeten die „Allianz für Deutschland“; die LDP, die Deutsche Forumpartei und die F.D.P. in der DDR bildeten den Bund Freier Demokraten. So personell und politisch verändert, war nach der Fusion von DA, Demokratischer Bauernpartei Deutschlands (DBD) und Ost-CDU auf der einen und nach der Fusion von LDP und NDPD zur Partei Bund Freier Demokraten und dem Zusammengehen mit der Deutschen Forumpartei und der F.D.P. in der DDR auf der anderen Seite der Weg frei zum jeweiligen Zusammenschluß mit der westdeutschen CDU und F.D.P. zu gesamtdeutschen Parteien. Historisch fand damit eine Entwicklung ihren Abschluß, die bereits in den ersten Nachkriegsjahren eingeleitet worden war, als Christdemokraten wie Liberale die Bildung gesamtdeutscher Parteien anstrebten und als organisatorische Vorformen eine zonenübergreifende Arbeitsgemeinschaft (CDU) bzw. eine Demokratische Partei Deutschlands (DPD) gebildet hatten.

Für die CDU und F.D.P. stellt sich durch den Zusammenschluß mit den ehemaligen Blockparteien die Aufgabe, ihre jeweilige Parteigeschichte ebenso kritisch wie verantwortungsbewußt aufzuarbeiten. Unterschiedliche politische Wege in zwei entgegengesetzten Systemen haben Prägungen geschaffen, die bis heute fortwirken und eine ebenso sensible wie vorurteilsfreie Bewertung erfordern. Voreilig von politisch-moralischen Kontinuitäten zu sprechen, wird dem Auftrag zu einem verantwortungsvollen Umgang mit der Vergangenheit nicht gerecht. In dem Bemühen von Ost- wie Westdeutschen in beiden Parteien, trotz unterschiedlicher Biographien gemeinsam für politische Ziele in

einer pluralistischen Demokratie einzutreten, zugleich aber jenen die Mitarbeit zu verweigern, die in der DDR anderen Menschen nachweislich Schaden zugefügt haben, liegt für CDU und F.D.P. die besondere Herausforderung, am Prozeß der Herstellung der inneren Einheit Deutschlands mitzuwirken.

4.8. *Sondervotum der Mitglieder der Fraktion der SPD und des Mitglieds der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen sowie der Sachverständigen Faulenbach, Gutzeit, Mitter, Weber*

4.8.1. *Vorbemerkung*

„Der vorliegende Text beschränkt sich auf die Darstellung der Funktion der Blockparteien im SED-Herrschaftssystem, weil hinsichtlich der Massenorganisationen kein Dissens zum Bericht der Koalitionsfraktionen besteht.

Die Blockparteien waren verlässliche Stützen des SED-Regimes. Vom Staat wurden sie mit erheblichen materiellen Ressourcen ausgestattet. Sie existierten als von der SED abhängige, instrumentalisierte Organisationen, die breite Schichten der Bevölkerung in das Herrschaftssystem der Einheitspartei einbinden sollten.

Unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde auch in der SBZ, wie in den westlichen Besatzungszonen, zunächst die SPD sehr schnell politisch handlungsfähig. Neben ihr gründeten sich außerdem CDU und die LDP als bürgerliche, demokratische Parteien, die rasch eine beachtliche Zahl von Mitgliedern gewinnen konnten. Diese beiden Parteien wurden jedoch von SMAD und KPD sehr bald systematisch unterwandert, so daß sie ihre Unabhängigkeit verloren. Durch die Zwangsvereinigung mit der KPD im April 1946 wurde auch die SPD als eigenständige politische Kraft beseitigt. Lediglich in Ost-Berlin gab es noch bis zum Bau der Mauer 1961 legale SPD-Gruppen. Sozialdemokraten, die sich dem SED-Kurs offen widersetzten, wurden politisch verfolgt, inhaftiert oder ermordet. Bei der Ausschaltung der bürgerlichen Parteien als unabhängige politische Kräfte verfolgten SMAD und SED-Führung eine andere Strategie: In die Leitungsgremien von CDU und LPD wurden systematisch SED-hörige Mitglieder eingeschleust, die dann in unauffälliger Weise auf SED-freundliche Entscheidungen hinwirkten. Um den Einfluß dieser beiden Parteien zu verringern, veranlaßte die SED zudem 1948 die Gründung von DBD und NDPD, in denen von Anfang an der SED ergebene Funktionäre ausschlaggebenden Einfluß besaßen.

Mit Druck und Einschüchterung, durch Verhaftungen und politische Prozesse hat die SED versucht, die politische Gleichschaltung der Blockparteien, vor allem von CDU und LDP, bis in deren Basis hinein durchzusetzen. Die Ereignisse im Juni/Juli 1953 zeigten jedoch, daß dies nicht vollständig gelang. Bis zum Mauerbau existierte an der Basis aller Blockparteien ein kritisches

Potential, das jedoch keinen Einfluß auf die Generallinie der Parteien besaß, zudem auch nach und nach hinausgedrängt wurde. Ende der fünfziger Jahre war der SED-Führung die vollständige Integration der Blockparteien in ihr Herrschaftssystem gelungen.

Bei der Beschreibung der Funktion der Blockparteien in diesem System stehen folgende Fragen im Vordergrund:

- Welches Interesse hatten SMAD und SED, CDU und LDPD zu erhalten und NDPD und DBD zu gründen? Welchen Einfluß nahmen sie auf die Entstehung, innere Gestaltung und Entwicklung der Blockparteien?
- Inwieweit haben die Blockparteien die ihnen von der SED zugewiesene Funktion im Herrschafts- und Gesellschaftssystem der DDR tatsächlich wahrgenommen?
- Welche Handlungsspielräume hatten die Blockparteien innerhalb der ihnen von der SED gezogenen Grenzen und angesichts ihrer Anerkennung der Führungsrolle der Kommunisten?
- Wie funktionierte eine Blockpartei? Welche Beziehungen bestanden zwischen den einfachen Mitgliedern und den Funktionären auf den verschiedenen Leitungsebenen?
- Welche Motive haben Menschen zum Eintritt in eine der Blockparteien bewogen?
- Worin unterschieden sich die Mitglieder in den Blockparteien von der großen Mehrheit der parteilosen Bevölkerung?
- Welche Verantwortung tragen die Blockparteien für mehr als 40 Jahre DDR-Diktatur?
- Welche personellen, organisatorischen und finanziellen Kontinuitäten gibt es zwischen den ehemaligen Blockparteien und CDU wie F.D.P., in denen sie nach der Wende aufgegangen sind? Inwieweit profitieren diese beiden Parteien von den Privilegien, die die Blockparteien in der DDR genossen?

Einige dieser Fragen lassen sich beim gegenwärtigen Forschungsstand noch nicht abschließend beantworten. Sie müssen für die verschiedenen Phasen der DDR-Geschichte anhand der nunmehr zugänglichen Archivalien weiter untersucht werden. Daraus könnten sich differenzierte Erkenntnisse ergeben.

4.8.2. *Die Funktion der Blockparteien im System der SED-Diktatur*

Die SED verzichtete auf die Abschaffung der Blockparteien, weil diese bis zum Herbst 1989 wichtige Funktionen für die Erhaltung des Regimes wahrnahmen. Die Blockparteien hatten

(a) eine Alibifunktion, indem sie die kommunistische Einparteienherrschaft

verschleiern helfen sollten, d. h. sie hatten die Aufgabe, Demokratie nach innen und außen vorzutäuschen;

- (b) einen gesamtdeutschen Auftrag, indem sie Kontakte vor allem in westliche Staaten dort aufrechterhalten sowie auf- und ausbauen sollten, wo SED-Funktionäre unerwünscht waren;
- (c) eine Mobilisierungsfunktion, indem sie der SED fernstehende Bevölkerungsgruppen ansprechen sollten, um sie in das DDR-System einzubinden und damit politisch zu disziplinieren.

Während die ersten beiden Funktionen zunehmend an Bedeutung verloren und die Mobilisierung nicht den erwünschten Erfolg einbrachte, erwiesen sich die Einbindungs- und die Disziplinierungsfunktion als dauerhafte und wichtigste Aufgaben.

4.8.2.1 *Alibifunktion*

In den Staaten des sowjetischen Imperiums, die über eine demokratische Tradition verfügten und vor dem Zweiten Weltkrieg ein Mehrparteiensystem besessen hatten, wurden nach Kriegsende wieder verschiedene, auch bürgerliche Parteien zugelassen, alsbald jedoch in einem Blockparteiensystem zusammengefaßt und damit der Kontrolle von sowjetischer Besatzungsmacht und kommunistischer Partei unterworfen. In der SBZ geschah dies entsprechend einem Diktum Ulbrichts: „Es muß demokratisch aussehen, aber wir (die Kommunisten) müssen alles in der Hand haben!“ Sowohl der eigenen Bevölkerung als auch dem Ausland gegenüber sollte dadurch ein demokratischer Schein gewahrt werden. Die Existenz einer formalen Mehrparteiendemokratie, die innenpolitisch das Herrschaftsmonopol der SED in keiner Weise in Frage stellte, hatte gleichwohl außenpolitisch einige Bedeutung: Sie förderte bis in die achtziger Jahre hinein das Streben der SED nach internationaler Anerkennung und Ansehen. So wurden beispielsweise Besuchsdelegationen in Länder der Dritten Welt, vor allem nach Lateinamerika und Afrika, häufig von Spitzenfunktionären der Blockparteien geleitet.

4.8.2.2 *Gesamtdeutscher Auftrag*

Bis Anfang der siebziger Jahre hatten CDU und LDP die Aufgabe, unter den Anhängern der westdeutschen CDU und F.D.P. für die DDR und eine Wiedervereinigung unter kommunistischem Vorzeichen zu werben. Während die F.D.P. über Jahrzehnte hinweg Kontakte zur LDPD aufrechterhielt, verweigerte die CDU diese zur Ost-CDU (insbesondere die hier massiv Einfluß nehmende Exil-CDU, die durch ihren Vorsitzenden im CDU-Bundesvorstand vertreten war).

4.8.2.3 *Mobilisierung*

In der SBZ/DDR existierte eine vertikal und horizontal differenzierte, historisch gewachsene Gesellschaft mit unterschiedlichen sozialen Schichten, die ihrerseits spezifische geistige Prägungen aufwiesen und über ebenso spezifische Erfahrungen verfügten. Handwerker, Unternehmer und Bauern, eher national Gesinnte, Christen und bürgerliche Intellektuelle besaßen zur marxistisch-leninistischen Ideologie der SED oft eine traditionelle Distanz. Die Blockparteien übernahmen die Aufgabe, auf diese im Sinne der SED einzuwirken, um sie für das Regime zu gewinnen. Zur Begründung der SED-Politik trugen die Blockparteien meist nicht marxistisch-leninistische, sondern humanistisch-christliche bzw. liberale Deutungsmuster vor.

Jede dieser Parteien sollte bestimmte gesellschaftliche Zielgruppen erreichen. Die LDPD wandte sich an Handwerker und an die Reste des Mittelstandes, die CDU an die kleinen Unternehmer, an bürgerliche Intellektuelle und insbesondere an Christen, die DBD an die ländliche Bevölkerung und die NDPD an eher national gesinnte Kreise und frühere Berufssoldaten der Wehrmacht. Die Mitgliederwerbung durfte nur in den jeweiligen Bevölkerungsgruppen erfolgen, was von der SED streng kontrolliert wurde. Damit sollte das Wirken dieser Parteien von vornherein auf die ihnen zugewiesenen sozialen Schichten und Handlungsräume begrenzt werden. Ihrer Mobilisierungsfunktion konnten die Blockparteien insgesamt jedoch nur in geringem Umfang gerecht werden. Die ihnen zugeordneten Bevölkerungsschichten haben sie nicht zu überzeugten Anhängern des DDR-Systems machen können.

4.8.2.4 *Einbindung und Disziplinierung*

Im Laufe der Jahre mußte die DDR-Führung erkennen, daß die Mehrheit der Bevölkerung nicht von der Richtigkeit der Ideologie und Politik der SED überzeugt werden konnte. Zwar war diese auch weiterhin bemüht, die Menschen marxistisch-leninistisch zu indoktrinieren, doch wurde die politische Einbindung jener Menschen, die sich innerlich dem Wahrheitsanspruch der SED nicht unterwarfen, für die Fortexistenz des Regimes immer wichtiger. Für die SED und ihr Herrschaftssystem kam es mehr und mehr darauf an, daß sich die Menschen, wenn sie schon nicht überzeugt werden konnten, wenigstens den Erwartungen der SED entsprechend verhielten, d. h. spontane und subjektive politische Willensbekundungen unterließen und ein äußerliches Wohlverhalten an den Tag legten. Wer sich ideologisch der SED teilweise oder vollständig entzog, mußte zumindest formal in das System eingebunden werden. Dies zu erreichen, war eine wesentliche Aufgabe der Blockparteien, die sie bis zuletzt zuverlässig im Sinne der SED erfüllten. Wichtigste Zielgruppe war dabei die eigene Mitgliedschaft [→ Expertise Richter II]. Diese erreichte

mit zuletzt 470 000 Personen eine beachtliche Größenordnung (1987: CDU ca. 140 000, davon 20 000 hauptamtliche Staatsfunktionäre und Abgeordnete; LDPD 104 000; DBD 115 000, NDPD 110 000); der Einfluß der Blockparteien auf die parteilose Bevölkerungsmehrheit ging dagegen kontinuierlich zurück.

Den Funktionen der Blockparteien im Herrschaftssystem der SED entsprach es, den Macht- und Führungsanspruch der SED ohne Einschränkung anzuerkennen. Dazu gehörte aber auch, der marxistisch-leninistischen Ideologie fremde und entgegenstehende Denkmuster und Wertvorstellungen als durchaus mit dieser Ideologie vereinbar darzustellen bzw. sogar umzudeuten. Für die Erfüllung dieser Aufgabe wurden den Blockparteien von der SED begrenzte Freiräume gewährt. Dies sollte bei den Mitgliedern die Vorstellung fördern, daß die Blockparteien tatsächlich eine eigenständige Rolle spielten, auch wenn dies nur eine Fiktion blieb. In diesen Freiräumen durften die Blockparteien gelegentlich – und strikt im Rahmen der SED-Vorgaben – etwas von der SED-Linie abweichende politische Akzente setzen. Dabei wurde berücksichtigt, daß sie sich zwar an partiell Andersdenkende wandten, diese aber zur politischen Anpassung und zur Konfliktvermeidung mit der SED bereit waren. Die Konzession der Freiräume entsprach der Forderung der Einheitspartei an die Blockparteien, „eigenständige und unverwechselbare Beiträge“ zur Gestaltung des politischen und gesellschaftlichen Lebens in der DDR zu leisten. So hat die CDU in den achtziger Jahren – wenn auch in sehr engen Grenzen – ökologische Themen angesprochen. In den Verlagen der Blockparteien konnte Literatur erscheinen, die ein SED-Verlag nicht herausgegeben hätte. Durch die Bereitstellung begrenzter, von der SED streng kontrollierter politischer Freiräume suchten die Blockparteien auch jene Menschen für eine gesellschaftliche Mitarbeit zu gewinnen, zu denen die SED keinen Zugang hatte. Gerade in Phasen machtpolitischer Verunsicherung erfreuten sich deshalb die Blockparteien besonderer Wertschätzung durch die SED-Führung, die von ihnen Hilfe bei der Kontrolle von Unruhepotential in bestimmten Gesellschaftsschichten erwartete. Die Grenzen zugestandener Freiräume lagen nie von vornherein fest, so daß es im Einzelfall auch immer wieder zu Konflikten gekommen ist. Selbst in diesen Freiräumen konnten die Blockparteien nicht politisch eigenständig handeln. Sogar die Reden ihrer Funktionäre wurden von den zuständigen SED-Gremien, unabhängig von dem behandelten Thema, zensiert.

Alle Versuche, heute eine politische Mitverantwortung für die Politik des SED-Regimes und seine lange Lebensdauer allein den Funktionsträgern der Blockparteien anzulasten, mißachten die vielfältigen Erfahrungen der DDR-Bevölkerung, insbesondere der kritisch-oppositionellen Gruppen und Kirchen. Zwar gab es – was durchaus nicht selbstverständlich war – Unterschiede im Verhalten von Mitgliedern der SED und der Blockparteien. Aber im

Vergleich zur Mehrheit der Bevölkerung, die keiner Partei angehörte, fielen auch Mitglieder von Blockparteien durch ihr deutlich unkritisches Mitmachen, durch Anpassung und Loyalität gegenüber dem System auf. So war Mißtrauen gegenüber CDU-Mitgliedern gerade in den Kirchen weit verbreitet.

Materiell waren die Blockparteien von der SED abhängig; finanziert wurden sie weitgehend aus dem Staatshaushalt. Bei allen ihren Entscheidungen – tagespolitischen, programmatischen und personellen – wurden die Erwartungen der SED als unumstößliche Vorgaben behandelt, gelegentlich sogar in vorausgehendem Gehorsam als Leitlinien für das eigene Handeln antizipiert. Häufig war es daher gar nicht nötig, daß die SED ihr gesamtes Steuerungs- und Kontrollpotential sichtbar einsetzte.

Die Blockparteien waren somit – ohne Einschränkungen seit Anfang der sechziger Jahre – ein Teil der SED-Diktatur mit wichtigen Stabilisierungsfunktionen. Sie tragen daher insgesamt und vor allem ihre Funktionäre Mitverantwortung für das Unrecht in 40 Jahren DDR-Geschichte. So wenig, wie innerhalb der Blockparteien selbständiges politisches Handeln möglich und so gering ihr Status als unabhängige politische Akteure insgesamt war, so wenig gingen auch von ihnen Impulse für politische Veränderungen aus. Erst recht stellten sie kein Potential zur Überwindung der Diktatur und damit auch keine politische Gefahr für die SED dar.

Die politische Bedeutung der Blockparteien wuchs erst, als die Macht der SED sichtbar zu verfallen begann. Zum Sturz der Diktatur haben sie jedoch nicht beigetragen. Gewiß haben auch Mitglieder von Blockparteien, wie selbst viele Mitglieder der SED, an den Demonstrationen aller Bevölkerungsschichten im Herbst 1989 teilgenommen. Die Blockparteien traten jedoch im Verlauf der Wende-Ereignisse als Parteien überhaupt nicht in Erscheinung. Für sie war die Anpassung an die jeweiligen Machtverhältnisse längst zur selbstverständlichen Verhaltensnorm geworden. Für sie gab es bis zuletzt keine „Infragestellung des SED-Machtmonopols“ [→ Expertise Papke]. Diejenigen Kräfte, die das anstrebten, mußten sich ihre eigenen Strukturen schaffen.

4.8.3. *Mitglieder und Funktionäre, Motive für die Mitgliedschaft*

Die Instrumentalisierung der Blockparteien durch die SED war so angelegt, daß sie von ihren Mitgliedern zumeist nicht vollständig durchschaut wurde. Da alle personalpolitischen Entscheidungen mit der SED abgestimmt wurden, haben jedoch die Funktionäre der Blockparteien, bis zur Kreisebene hinab, im Wissen um die tatsächlichen Zusammenhänge die ihnen zugeteilte Rolle im Sinne der SED gespielt. Dies gilt erst recht für den enorm aufgeblähten Apparat der hauptamtlichen Funktionäre.

Nachdem die „bürgerlichen“ Parteien der SBZ/DDR ihren demokratischen Charakter verloren hatten und das Blockparteiensystem etabliert worden war,

haben viele Mitglieder diese Parteien verlassen. Andere zogen sich zurück oder flüchteten in den Westen. Wer später in diese Parteien eintrat, tat dies häufig im Zusammenhang mit unpolitischen Erwägungen, etwa um als Handwerker eine Gewerbeerlaubnis zu erhalten oder um Karriere bis zu einer mittleren Leitungsstufe machen zu können. Viele der neuen Mitglieder wollten einfach das in der DDR geforderte gesellschaftliche Engagement nachweisen können, ohne in die SED einzutreten. Dabei war von Anfang an klar, daß Mitglieder von Blockparteien nicht in Spitzenämter gelangen oder wichtige Leitungspositionen in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft erreichen konnten. So entschieden eben häufig Karrierewünsche, als Teil eines verbreiteten Anpassungssyndroms, über den Eintritt in eine bestimmte Partei.

4.8.4. *Herausforderungen für Christdemokraten und Liberale nach der Vereinigung mit den entsprechenden Blockparteien*

Nach der Vereinigung der christdemokratischen und der liberalen West- mit den entsprechenden Ostparteien stellt sich heute auch für CDU und die F.D.P. die Frage nach der politischen Mitverantwortung der Blockparteien für die Politik des SED-Regimes. Nicht nur die SED-Nachfolgepartei PDS muß sich offen mit der DDR-Vergangenheit auseinandersetzen, auch Christdemokraten und Liberale müssen sich der Herausforderung stellen, die Geschichte der Blockparteien ohne Scheuklappen aufzuarbeiten – eine Geschichte, die nun Teil der Gesamtgeschichte von CDU und F.D.P. geworden ist. Aufschlußreich sind hierbei die Unterschiede zwischen den Aussagen in den Reden von Lothar de Maizière im Dezember 1989 und auf dem Vereinigungsparteitag im Oktober 1990. Vor allem bedürfen noch die personellen, organisatorischen und finanziellen Kontinuitäten zwischen den ehemaligen Blockparteien sowie CDU und F.D.P. der kritischen Analyse. Insbesondere ist den Fragen nachzugehen, wo und inwieweit diese beiden Parteien bis heute von Privilegien der nun mit ihnen zusammengeschlossenen Blockparteien profitieren, die diese in der DDR genossen haben, und welche Auswirkungen die weitgehende personelle Kontinuität bei der Besetzung von Ämtern in den neuen Bundesländern mit Mitgliedern aus den ehemaligen Blockparteien hat. Die Beantwortung dieser Fragen wird darüber Aufschluß geben, ob die Mitverantwortung der Blockparteien für Politik und Dauer des SED-Regimes wirklich ernst genommen wird.“

5. *Umgestaltung und Instrumentalisierung der Wirtschaft*

Die Rolle der Wirtschaft in der vierzigjährigen Geschichte der DDR, die Bedeutung ökonomischer Faktoren bei ihrem Untergang und bei den Folgen der SED-Diktatur ist zweifellos ein entscheidendes Problemfeld. Die Untersuchungen der Enquete-Kommission zur Wirtschaft der DDR mußten